



Informations- und Arbeitstreffen vom 31. Januar 2009

Massnahmen gegen Jugendgewalt der Stadt Zürich

Workshop 3: Kurzprotokoll

Teilnehmende: 7 VertreterInnen von Migrantorganisationen sowie je ein TN der Taskforce und des Ausländerbeirats

Moderation: Francesco Genova (Ausländerbeirat) / Remo Blumenthal (Integrationsförderung; Protokoll).

Wo ist das Problem?

Die Teilnehmenden beschäftigten sich in einer ersten Diskussionsrunde mit der Fragestellung, wo sie das Problem der Jugendgewalt sehen. Dabei wurde betont, dass von Kindheit her klar sein muss, dass schlagen nicht geht. Länger wurde über den Aspekt des Freizeitverhaltens und -angebotes gesprochen. Dabei wurde festgestellt, dass Probleme vermehrt dort entstehen, wo keine Beschäftigung für Jugendliche in der Freizeit vorhanden ist. So wissen insbesondere MigrantInnen oft nicht, was sie in der Freizeit tun könnten. Dies sei insofern relevant, da das ansonsten anspruchsvolle schweizerische Schulsystem den Jugendlichen viel Freizeit biete. Festgehalten wurde ebenfalls, dass heute schneller zugeschlagen werde. Zusätzlich arbeiten Väter und Mütter mit Migrationshintergrund sehr viel um ihre Existenz zu sichern. Dadurch vernachlässigen sie ihre Kinder. Ein wichtiger Aspekt neben dem Elternhaus sei auch, in welchen Kreisen die Jugendliche verkehren. Ebenfalls wurde betont, dass es aufgrund der momentanen Wirtschaftslage den Jugendlichen an Perspektiven fehle. Gerade MigrantInnen seien aufgrund von Name, Pass etc. bei der Lehrstellensuche oft hoffnungslos.

Ist der eingeschlagene Werg der Task Force gut?

Bei den Vorschlägen der Task Force wurde bemängelt, dass Interventionen vielfach zu neuer Gewalt führen. So wird ein Jugendlicher nach der Kontaktaufnahme durch die Task Force mit dem Elternhaus zu Hause weiter bestraft. Wichtig erscheint, dass die Meldung über aufgegriffene Jugendliche an die Eltern durch Kultur-Mediatoren geschehe, was gemäss der Task Force bereits in der vorgeschlagenen Form erfolge.

Wie können MO der Task Force helfen?

Vereine könnten themenspezifisch Veranstaltungen durchführen. Aus Sicht der MigrantInnen können Landsleute untereinander besser über das Thema diskutieren. Diese Diskussionen unter Landsleuten sollten protokolliert und ausgewertet sowie vom Staat mitfinanziert werden. Grundsätzlich besteht ein grosser Bedarf bei den Eltern, mehr über das Thema zu erfahren. Die dafür benötigten Informationen sollen in der Herkunftssprache herausgegeben werden. In diesem Zusammenhang wurde vorgeschlagen, dass pro Verein ein Delegierter (Ansprechperson) für den Informationstransfer zuständig sein könnte. Eine weitere Idee war die Schaffung einer Internetplattform auf der sich die MOs gegenseitig über das Thema informieren könnten. Betont wurde auch, dass für die erwähnten Ideen/Massnahmen der Staat mit den MOs eine Vereinbarung treffen sollte. Manchmal bedarf es auch individueller Hilfe, z.B. Finanzierung der Teilnahme an einem Kinderlager. Als wichtiger Aspekt wurde die Aufhebung der Perspektivenlosigkeit der Jugendlichen erwähnt. Eine Lösung dafür sei zum Beispiel die Möglichkeit, sich anonym bewerben zu können. Im Bereich Freizeitgestaltung können die MOs Aktivitäten für Jugendliche anbieten. Des weitern sollen die Verhältnisse in den Familien verbessert und ihre finanziellen Probleme behoben werden. Zusätzlich sollte der Staat vermehrt herkunftsorientierte Schulen und Freizeitprojekte unterstützen. Grundsätzlich teilten die MOs mit, dass sie bereit seien, Hand zu bieten und Verantwortung zu übernehmen.